

## **Kleine Anfrage**

**der Abg. Dr. Alexander Becker, Andreas Deuschle,  
Dr. Michael Preusch, Dr. Albrecht Schütte,  
Andreas Sturm und Guido Wolf CDU**

**und**

## **Antwort**

**des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

### **Anforderungen an die politische Neutralität von geförderten Kultureinrichtungen**

#### **Kleine Anfrage**

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe hat das Theaterhaus Stuttgart in den letzten fünf Jahren Fördermittel vom Land und von der Stadt Stuttgart erhalten (bitte nach Jahr und Art der Förderung aufschlüsseln)?
2. Inwieweit erkennt sie eine mit dieser öffentlichen Förderung korrelierende Pflicht zur parteipolitischen Neutralität von Kultureinrichtungen, gerade im Vorfeld von Wahlen an?
3. Gilt dieses Neutralitätsgebot auch für die Vermietung von Räumen an Dritte, die politische Veranstaltungen durchführen möchten?
4. Wie ordnet sie die Veranstaltung „Wechsel an der Spitze“ aus Sicht des Neutralitätsgebots ein, die am 12. Januar 2026 als Podiumsdiskussion mit Ministerpräsident Kretschmann und Herrn Özdemir im Theaterhaus stattfinden soll, im Programm des Theaterhauses beworben und organisatorisch über das Theaterhaus abgewickelt wird?
5. Wie bewertet sie Veranstaltungen in von ihr geförderten Kultureinrichtungen, bei denen ausschließlich hochrangige Vertreter einer einzelnen Partei auftreten, im Hinblick auf das Neutralitätsgebot und die Chancengleichheit der Parteien?
6. Welche Kriterien legt sie an, um eine Abgrenzung zwischen politischer Debatte und parteipolitischer Wahlwerbung in öffentlich geförderten Einrichtungen vorzunehmen?
7. Wie sollten Veranstaltungen von durch sie geförderten Kultureinrichtungen oder in deren Räumlichkeiten aus ihrer Sicht ausgestaltet sein, die unzweifelhaft im Kontext einer Landtagswahl stattfinden und einen politischen Fokus haben?

Eingegangen: 8.1.2026/Ausgegeben: 6.2.2026

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-  
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

8. Inwiefern erkennt sie ein Problem hinsichtlich der gebotenen parteipolitischen Neutralität des Theaterhauses soweit es um großflächige Werbung für die vorgenannte parteipolitische Veranstaltung an der Fassade des Theaterhauses geht?
9. Sind ihr weitere Termine in analogem Rahmen bekannt, bei denen die Spitzenkandidaten der anderen im Landtag vertretenen Parteien eine gleichrangige Bühne geboten bekommen?
10. Welche konkreten Maßnahmen will sie im Zusammenhang mit bzw. anlässlich der vorgenannten Veranstaltung ergreifen?

8.1.2026

Dr. Becker, Deuschle, Dr. Preusch,  
Dr. Schütte, Sturm, Wolf CDU

### Begründung

Die Kleine Anfrage dient der Transparenz im Umgang mit öffentlichen Fördermitteln und der Sicherung der politischen Neutralität von öffentlich geförderten Kultureinrichtungen im Vorfeld einer Landtagswahl. Sie soll klären, in welchem Umfang das Theaterhaus Stuttgart gefördert wird und wie Veranstaltungen mit politischem Bezug eingeordnet werden. Dies ist besonders relevant, um Chancengleichheit der Parteien und eine faire politische Debattenkultur sicherzustellen.

### Antwort

Mit Schreiben vom 2. Februar 2026 Nr. MWK55-0141.5-48/58/3 beantwortet das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Kleine Anfrage wie folgt:

*1. In welcher Höhe hat das Theaterhaus Stuttgart in den letzten fünf Jahren Fördermittel vom Land und von der Stadt Stuttgart erhalten (bitte nach Jahr und Art der Förderung aufschlüsseln)?*

Zu 1.:

Für die Übersicht zu den institutionellen Förderungen sowie Projektförderungen an das Theaterhaus wurden die Landeshauptstadt Stuttgart und ergänzend die Baden-Württemberg Stiftung eingebunden. Demnach hat das Theaterhaus Stuttgart in den letzten fünf Jahren folgende Zuschüsse erhalten:

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
<b>Institutionelle Förderung Land</b>	1.210.600 €	1.210.600 €	1.331.000 €* <sup>*</sup>	1.331.000 €	1.331.000 €	1.331.000 €
<b>Institutionelle Förderung Stadt</b>	2.420.375 €** <sup>**</sup>	2.605.700 €	2.725.562 €	2.850.562 €*** <sup>***</sup>	4.326.500 €**** <sup>****</sup>	4.554.500 €***** <sup>*****</sup>
<b>Projektförderung Land</b>	rd. 220.894 €	145.248 €	0,00 €	13.515 €	6.000 €	28.160 €

<b>Nachrichtlich: BW-Stiftung</b>	9.000 €	0,00 €	110.000 €	0,00 €	310.500 €	300.000 €
<b>Projektförderung Stadt</b>	12.320 €	3.020 €	610.000 €	150.000 €	167.365 €	551.155 €

\* einschließlich Zuschuss zu COLOURS (100 000 Euro)

\*\* im Jahr 2020 wurde auch eine Nothilfe i. H. v. 417 000 Euro gewährt, die allerdings wieder zurückgefordert wurde

\*\*\* einschließlich 125 000 Euro für die Jubiläumsproduktion „15 Years Alive“ (Umwidmung aus COLOURS)

\*\*\*\* darin enthalten 449 000 Euro einmalig, zweckgebunden für sanierungsbedingte Einnahmefälle und Investitionen

\*\*\*\*\* darin enthalten 574 000 Euro einmalig, zweckgebunden für sanierungsbedingte Einnahmefälle und Investitionen

*2. Inwieweit erkennt sie eine mit dieser öffentlichen Förderung korrelierende Pflicht zur parteipolitischen Neutralität von Kultureinrichtungen, gerade im Vorfeld von Wahlen an?*

*3. Gilt dieses Neutralitätsgebot auch für die Vermietung von Räumen an Dritte, die politische Veranstaltungen durchführen möchten?*

Zu 2. und 3.:

Das Neutralitätsgebot ist vom Bundesverfassungsgericht aus dem Demokratieprinzip und dem Recht der politischen Parteien auf Chancengleichheit entwickelt worden. Es gilt für staatliche Organe. Diese sind zur Neutralität verpflichtet, um die Chancengleichheit der Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes zu wahren. Vor Wahlen gilt ein gesteigertes Neutralitätsgebot.

Nichtstaatliche Einrichtungen sind nicht unmittelbar zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Es gibt keine allgemeinen Rechtsgrundsätze oder haushaltsrechtlichen Bestimmungen, aus denen sich für Fördermittelempfänger eine unmittelbare Verpflichtung zur parteipolitischen Neutralität ergibt. Nichtstaatliche Organisationen werden durch den Empfang öffentlicher Mittel nicht zu grundrechtsverpflichteten staatlichen Organen.

Für das als privatrechtlicher Verein organisierte Theaterhaus besteht deshalb keine unmittelbare Pflicht zu politischer Neutralität, auch nicht aufgrund der öffentlichen institutionellen Förderung. Als privatrechtlich organisierte Einrichtung können insbesondere auch Vermietungen von Räumen mit Blick auf die Programm- und Vertragsautonomie frei und eigenverantwortlich gestaltet werden.

*4. Wie ordnet sie die Veranstaltung „Wechsel an der Spitze“ aus Sicht des Neutralitätsgebots ein, die am 12. Januar 2026 als Podiumsdiskussion mit Ministerpräsident Kretschmann und Herrn Özdemir im Theaterhaus stattfinden soll, im Programm des Theaterhauses beworben und organisatorisch über das Theaterhaus abgewickelt wird?*

Zu 4.:

Wie in den Antworten zu den Fragen 2 und 3 dargestellt, gilt für das institutionell geförderte Theaterhaus e. V. nicht unmittelbar das Neutralitätsgebot.

Unabhängig davon wird ergänzend erläutert, dass es sich bei der Veranstaltung „Wechsel an der Spitze“ nicht um eine Veranstaltung des Theaterhauses handelte, sondern um eine reine Vermietung an die Organisatoren der Veranstaltungsreihe „Der Neue Montagskreis“. Diese erfolgte zu den üblichen Konditionen, die auch mit anderen langfristigen Geschäftspartnern praktiziert werden und die die veranstaltungsbezogenen Kosten decken.

Veranstaltungen des Neuen Montagskreises finden dort seit vielen Jahren eigenverantwortlich und ohne inhaltliche Einflussnahme durch das Theaterhaus statt. Der Neue Montagskreis wurde 2006 von Peter Conradi gegründet, ist parteipolitisch unabhängig und befasst sich mit aktuellen gesellschaftlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Themen.

*5. Wie bewertet sie Veranstaltungen in von ihr geförderten Kultureinrichtungen, bei denen ausschließlich hochrangige Vertreter einer einzelnen Partei auftreten, im Hinblick auf das Neutralitätsgebot und die Chancengleichheit der Parteien?*

Zu 5.:

Bezüglich staatlicher Einrichtungen hat das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst für seinen Geschäftsbereich wegen des geltenden Neutralitätsgebots darauf hingewiesen, dass im rund achtwöchigen Zeitraum vor der Wahl weder Veranstaltungen noch Besuche von Abgeordneten und Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern in den Einrichtungen stattfinden sollen. Dasselbe gilt für die Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern einer zur Wahl antretenden Partei, soweit diese in dieser Eigenschaft auftreten. Empfohlen wurde, dass staatliche Einrichtungen vor einem landesweiten Wahltag von der Überlassung von Räumen für politische Veranstaltungen an Externe absehen. Soweit sich Landtagsabgeordnete im Rahmen ihrer Kontrollfunktion bei den Einrichtungen lediglich informieren möchten oder Besuche von Regierungsmitgliedern im Rahmen ihrer Amtsträgerfunktion betroffen sind, ist dies auch in der sogenannten heißen Phase möglich.

Nichtstaatliche Kultureinrichtungen hingegen können ihr Veranstaltungsprogramm eigenverantwortlich planen. Dies gilt grundsätzlich auch im Falle einer institutionellen öffentlichen Förderung.

Veranstaltungen, auch mit politischer Besetzung, sind Teil des demokratischen Diskurses, der im Vorfeld von Wahlen für die Gesellschaft und für die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig ist. Diese Auseinandersetzung muss gerade im öffentlichen Raum erfolgen können und soll sich nicht auf die Sozialen Medien oder private Räumlichkeiten zurückziehen. Ein Ansinnen, die Veranstaltungsräume, von denen eine Vielzahl mittelbar öffentlich gefördert werden, aus diesem Diskurs auszuschließen und somit den öffentlichen Zugang zu beschränken, würde das Ziel der Meinungsbildung und der Chancengleichheit im fairen Wettbewerb der Parteien ins Gegenteil verkehren. Gerade Kultureinrichtungen verstehen sich als Orte der offenen Auseinandersetzung mit aktuellen Themen.

*6. Welche Kriterien legt sie an, um eine Abgrenzung zwischen politischer Debatte und parteipolitischer Wahlwerbung in öffentlich geförderten Einrichtungen vorzunehmen?*

*7. Wie sollten Veranstaltungen von durch sie geförderten Kultureinrichtungen oder in deren Räumlichkeiten aus ihrer Sicht ausgestaltet sein, die unzweifelhaft im Kontext einer Landtagswahl stattfinden und einen politischen Fokus haben?*

*8. Inwiefern erkennt sie ein Problem hinsichtlich der gebotenen parteipolitischen Neutralität des Theaterhauses soweit es um großflächige Werbung für die vorgenannte parteipolitische Veranstaltung an der Fassade des Theaterhauses geht?*

Zu 6., 7. und 8.:

Die staatlichen Einrichtungen im Geschäftsbereich des Wissenschaftsministeriums wurden wie dargestellt darauf hingewiesen, grundsätzlich von Veranstaltungen in ihren Räumlichkeiten abzusehen, da für diese das Neutralitätsgebot gilt.

Nichtstaatliche Einrichtungen wie auch das Theaterhaus e. V. unterliegen nicht unmittelbar dem parteipolitischen Neutralitätsgebot. Insoweit sind sie in der Gestaltung, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit ihrer Veranstaltungen grundsätzlich frei. Im Übrigen sollten politische Debatten inhaltlich sachlich und parteipolitisch neutral geführt werden, also sich gezielter Diffamierungen oder Angriffe von einzelnen Parteien enthalten. Eine Abgrenzung von politischer Debatte und parteipolitischer Wahlwerbung kann nicht generell oder nach starren Kriterien erfolgen, sondern müsste den Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände in den Blick nehmen.

*9. Sind ihr weitere Termine in analogem Rahmen bekannt, bei denen die Spitzenkandidaten der anderen im Landtag vertretenen Parteien eine gleichrangige Bühne geboten bekommen?*

Zu 9.:

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat keinen Überblick über die Termine und Veranstaltungen der Spitzenkandidaten der Landtagsparteien oder diesbezügliche Veranstaltungsprogramme nichtstaatlicher Einrichtungen.

*10. Welche konkreten Maßnahmen will sie im Zusammenhang mit bzw. anlässlich der vorgenannten Veranstaltung ergreifen?*

Zu 10.:

Es gibt keinen Anlass für die Ergreifung von Maßnahmen.

In Vertretung

Dr. Reiter

Ministerialdirektor